

## Ein Verbund für psychisch Kranke

**Wohnortnaher Ansatz wird als Sternstunde in der Kooperation unterschiedlicher Träger – vom ZfP bis zu Vereinen – bezeichnet.**

KREIS EMMENDINGEN. Wenngleich die Gewichte zwischen den einzelnen Anbietern von Plätzen zur Betreuung von Menschen mit einer seelischen Behinderung stark differieren, ist es nun gelungen, eine Rahmenvereinbarung für einen gemeindepsychiatrischen Verbund zu besiegeln. Dabei sind so unterschiedliche Akteure wie das Zentrum für Psychiatrie (ZfP) oder der Verein Verse (begleitetes Wohnen in Familien) im Spiel. Elf Institutionen, Vereine, Verbände und Träger sind dabei.

So sprach denn auch am Dienstag, als die Vereinbarung im Emmendinger Landratsamt unterzeichnet wurde, Norbert Klein-Alstette, der Vorsitzender des Reha-Vereins Freiburg, der in Emmendingen und Köndringen 41 stationäre Wohnheimplätze und dazu 15 ambulante Plätze samt Reha-Werkstätte anbietet, von einer Sternstunde, die wohl "Seltenheitswert in ganz Südbaden" besitze. Er verband damit ein dickes Kompliment an das ZfP, denn seines Wissens nach lege kein anderes Zentrum dieser Art seine Entlassungszahlen offen. Allerdings müsse das ZfP den "Lackmustest" erst noch bestehen.

### Schieting bekennt sich zur Bedeutung von Transparenz

Zuvor hatte Stephan Schieting, medizinischer Direktor des Geschäftsbereichs Krankenhaus am ZfP, den Inhalt der Vereinbarung vorgestellt. Dabei verwies er auch auf das erklärte Ziel, mit der strukturellen Abstimmung und Weiterentwicklung des Hilfsangebots für chronisch psychisch auch neue Dinge zu entwickeln. Schieting bekannte sich auch zur Transparenz. So sei der vom Landratsamt erarbeitete Überblick äußerst hilfreich.

Die Analyse, die federführend Manfred Elsner, zuständig für Sozial- und Jugendhilfeplanung, erstellt hatte, präsentierte Sozialdezernentin Ulrike Kleinknecht-Strähle bereits am Montag den Mitgliedern des Sozial- und Krankenhausausschusses. Die Ausgangsbasis: Etwa 240 Menschen aus dem Landkreis sind seelisch behindert und nehmen deshalb ein spezifisches Hilfsangebot wahr. Bei genauerer Betrachtung jedoch werden zwei Momente deutlich: Mit 201 stationären Plätzen übersteigt das Wohnangebot den Bedarf für 136 Menschen aus dem Landkreis; im ambulanten Bereich liegt die Überkapazität mit 80 angebotenen und 66 benötigten Plätzen bei etwa 18 Prozent. Allerdings sind gut zwei Drittel der Menschen mit einer seelischen Behinderung aus dem Kreis außerhalb der Landkreisgrenzen untergebracht. Die Kosten dafür belasten jedoch das Kreisbudget.

Da angesichts solcher Konstellationen viele Fragen unbeantwortet bleiben, sprach Kleinknecht-Strähle in der Ausschusssitzung davon, dass die Analyse und die darauf basierende Kooperationsvereinbarung "erst der Anfang der Zusammenarbeit zwischen den Trägern und der Sozialverwaltung" sein könne. Insbesondere sei die Frage nach der Qualität des Angebots spannend. Es müsse konstatiert werden, dass es beispielsweise äußerst schwierig sei, für junge Menschen mit einer geistigen und seelischen Behinderung im Landkreis ein passendes Angebot zu finden. Ähnliches gilt, wie im Verlauf der Sitzung angemerkt wurde, für ältere Patienten.

Durchweg positiv reagierten die Ausschussmitglieder auf die Analyse. Die inzwischen unterzeichnete Vereinbarung nannte Hannelore Reinbold-Mensch (FWV) als extrem wichtig. Es sei klar, dass gerade für Grenzfälle eine Perspektive gebraucht werde, ergänzte Barbara Schuler (Grüne). "Sehr hilfreich" bezeichnete Karl Heinz Beck (CDU) den Blick in einen "eher unbekanntem Bereich". Marianne Wonnay (SPD) sagte, dass sie nach dem Einstieg nun auf weitere Module – gemeint ist damit zunächst die Untersuchung der Situation für Menschen mit geistiger Behinderung – gespannt sei.

Autor: Marius Alexander